

I. Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach der Richtlinie für die Förderung von Maßnahmen kommunaler Gebietskörperschaften und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts im Zukunftsenergieprogramm „Zukunftsenergieprogramm kommunal (ZEP-kommunal)“ innerhalb des Fördereichs EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) der Europäischen Union“ vom 08. Juli 2008

An das
 Ministerium für Umwelt
Referat A/4
 Keplerstraße 18
 66117 Saarbrücken

1. Antragsteller

Name/Bezeichnung	
Anschrift	
Auskunft erteilt:	(Name/Telefon/Durchwahl/Fax/E-Mail)
Bankverbindung	(Kontonummer/BLZ/Bezeichnung des Bankinstituts)
<p>1 a) De-minimis-Beihilfen Zuwendungen an <u>Unternehmen in allen Wirtschaftsbereichen</u> werden grundsätzlich als „De-minimis“-Beihilfen gemäß den Beihilferegeln der Europäischen Union (Verordnung (EG) Nr. 69/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen, Amtsblatt der EG L 10 vom 13.01.2001, S. 30-32), gewährt.</p>	
<p><input type="checkbox"/> Diese Zuwendung wird für ein Wirtschaftsunternehmen (unabhängig von der Rechtsform) beantragt.</p>	
<p>1b) Kleine oder mittlere Unternehmen (KMU) Zuwendungen werden grundsätzlich nur an KMU's gewährt, siehe hierzu Amtsblatt der EU Nr. L 124/39 vom 20.05.2003 Das Unternehmen</p> <p><input type="checkbox"/> erzielt einen Jahresumsatz von weniger als 50 Mio. Euro <input type="checkbox"/> hat eine Jahresbilanzsumme von weniger als 43 Mio. Euro <input type="checkbox"/> beschäftigt weniger als 250 Personen</p>	

2. Maßnahme

(möglichst kurze, aber eindeutige Beschreibung der Maßnahme;
 bei Baumaßnahme auch Beginn und Dauer)

3. Beantragte Förderung

zu den zuwendungsfähigen Kosten wird hiermit folgende Förderung beantragt:

- Zuweisung	EUR
- Darlehen/ERP-Kredit	EUR
- Schuldendiensthilfe	EUR
- Bedarfszuweisung	EUR

4. Begründung

<p>(kurze Erläuterung der Notwendigkeit der Maßnahme sowie bei Baumaßnahmen eine dass ausführende Pläne im Sinne § 10 Abs. 3 GemHV vorliegen)</p>

5. Finanzierungsplan

Gesamtkosten	EUR
<u>davon</u>	
a) Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	EUR
b) beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 5 d):	EUR
c) Eigenanteil davon sollen voraussichtlich aus dem Gesamtbetrag der Kredite finanziert werden	EUR
d) beantragte Förderung	EUR

6. zusätzliche Angaben

Die nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Folgekosten (Belastung der künftigen Haushalte) werden voraussichtlich betragen:

- persönliche Kosten	EUR
- sächliche Kosten	EUR
- kalkulatorische Kosten	EUR
-	EUR
Summen	EUR
- Einnahmen	EUR
mithin Folgekosten	EUR

7. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Beginns durch das Ministerium für Umwelt, Referat A/4 begonnen wird. Die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag wird versichert. Die Speicherung und Verarbeitung der Daten gemäß § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Einrichtung einer Fördermitteldatenbank im Saarland (SFöDG) vom 2. April 2003 (Amtsbl. S. 1402 f.) und der Saarländischen Fördermitteldatenbankverordnung (SFöDVO) vom 13. Januar 2004 (Amtsbl. S. 101 ff.) ist bekannt. Die Subventionserheblichkeit der Angaben in diesem Antrag nach §§ 253 und 264 StGB ist bekannt.

Der Antragsteller erklärt, dass er für diese Maßnahme zum Vorsteuerabzug

berechtigt ist.

nicht berechtigt ist

8. Anlagen

Dem Antrag sind folgende Anlagen beigefügt:

- 1.
- 2.
- 3.

(Ort, Datum)

(rechtsverbindliche Unterschrift)

II. Antrag auf Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn

<p><input type="checkbox"/> Ich beantrage hiermit die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn nach Nr. 4.1 ZEP-Kommunal.</p> <p>Ich weiß, dass aus der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn nicht auf die Gewährung einer Zuwendung geschlossen werden kann. Ich bin daher willens, die Maßnahme auf eigenes finanzielles Risiko durchzuführen und vorzufinanzieren. Ich erkläre, dass zumindest eine Vorfinanzierung möglich ist. Die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn wird von Ihnen erst erteilt, wenn der Zuwendungsantrag vollständig ist. Für die Vorlage der erforderlichen Unterlagen werde ich sorgen. Da die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn nur in Ausnahmefällen erteilt werden kann, begründe ich meinen Antrag wie folgt (dringende sachliche und wirtschaftliche Gründe):</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p>

(Ort, Datum)

(rechtsverbindliche Unterschrift)

III. Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde gemäß Nr. 3.4 VV-P-GK
(erforderlich ab einer beantragten Zuwendung in Höhe von 50.000 EUR)

(Ort, Datum)

(rechtsverbindliche Unterschrift)